DM 1,–

DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

März 3/96

Vulkan: Bonn, Häme statt Geld! Nölle, Bremen tat alles!

Für die Jahrhundertrente

Schafft die Frührente ab, sagte Bundesminister Blüm und die Rente ist gerettet. Wie immer, wird nicht die Ursache der „Krise" des Systems der Rentenkassen bekämpft. Es gibt doch Stimmen genug, die auf die ungesetzlichen Griffe in die Rentenkassen hinweisen. Nichts gegen eine Frührente. Aber das jetzige Frührentensystem hat doch Norbert Blüm lauthals gefordert. Nun haben die Bosse der Wirtschaft reichlich von Blüms „Idee" Gebrauch gemacht. Jetzt, stellt Blüm messerscharf fest, jetzt muß eine Reform her. Was eine Reform ist, ist nur Abbau von Leistungen in allen sozialen Bereichen.

Es ist eine alte Praxis der Herrschenden, in die Rentenkassen zu greifen, wenn die Staatskassen leer sind. Sowohl nach dem ersten wie nach dem zweiten Weltkrieg, der Kaiser ebenso wie das Hitlerregime, haben die Kassen geplündert.

Das Rentengesetz von 1964 sollte eine Entschädigung für die kargen Bedingungen beim Aufbau und gleichzeitig einen guten Lebensabend sichern. Sollte! Schon 1978 wurde begonnen, die bruttolohnbezogene Rente auf nettolohnbezogen umzubauen. Sonnigerweise geschah dies unter dem trügerischen Namen: Rentenanpassungsgesetz. Seit 1992 ist die Rente an den Nettolohn angepaßt.

Von den „eingesparten" Milliarden könnten noch mehr Kollegen in Frührente gehen. 1980 forderte die CDU im Wahlprogramm: Erhaltung der Jahrhundertrente. Und nun? Nun fordern neuerdings rentenfeindliche Politiker, Rentner sollten Steuern zahlen. Es wird Zeit, daß die Rentner aufstehen.

Ein Rentner

Der Friedensvertrag muß erfüllt werden. Also beschloß der Bundestag:

Deutsche Tornados nach Ostslawonien!

Nur die PDS stimmte geschlossen dagegen. Mit der Mehrheit des Bundestages im Rücken kann vieles gewagt werden. So konnte moslemisches Militär einfach eine unbewaffnete serbische Militärmission kidnappen und zu Kriegsverbrechern erklären. Daß die „Serben" einfach die Beziehungen zu den Ifor (Friedenstruppen) abgebrochen haben, war falsch. Davon hat sich Mister Holbrooke schnell überzeugt.

Inzwischen legte der EU Administrator Hans Koschnick seinen Friedensplan für Mostar vor. Er entspricht den Grundlagen von Dayton. Die Antwort des kroatischen Bürgermeisters sah die ganze Welt auf dem Bildschirm. Viele Politiker fanden starke Worte, aber der EU Generalsekretär J. Santor nannte die Schuldigen beim Namen: Präsident Tudjman von Kroatien und seinen Bürgermeister in Mostar.

Was schert mich Dayton, dachte dieser, in Sarajevo sind die Serben ausgeschaltet und fliehen schon, dann kann er selbst in Mostar die Moslems ausschalten. Damit aber ist die EU nicht einverstanden. Wir Bremer Antifaschisten hoffen, daß unser ehemaliger Bürgermeister bis zum Ablauf seines Vertrages seine Aufgabe erfüllt. Inzwischen hat Mister Holbrooke erreicht, daß 6 von den Moslems Gekidnappte frei und die zwei höchsten Offiziere dem Gerichtshof in Den Haag überstellt wurden.

Am 12. Februar flog Klaus Kinkel mit J. Santer nach Zagreb. K. K. werde bei Tudjman protestieren und die Sicherheit für Hans Koschnick einklagen. Worüber dort gesprochen wurde, war geheim. Wichtig war, der ehemalige BND-Chef besuchte die Bundeswehr, hieß es.

Ich zweifle immer noch am Greifen des Vertrags von Dayton, weil das Wollen der Regierenden nicht richtig eingeschätzt wird. Diese Zusammenarbeit ist belegt,

meint Willy

Das sind Kompromisse

„Das Bündnis für Arbeit hat sich gefestigt", wurde am 12. 2. 1996 gemeldet. Der Grund: Ein Kompromiß zur Rettung der Invalidenkasse wurde gefunden? Erst mal wurde der Vorruhestand eingeschränkt. Dafür sollen die Unternehmer Teilzeitarbeitsplätze schaffen. Damit ein Arbeitnehmer mindestens 70% seines letzten Nettoverdienstes erhält, zahlt das Arbeitsamt 20% dazu.

Die Darstellung ist zwar verkürzt, aber im Grundsatz wird jetzt die Arbeitslosenversicherung statt der Rentenkasse angezapft. Oder? Da beides versicherungen sind, wird es bald heißen, der Beitrag muß erhöht werden. Also wie gehabt.

Interessanter ist dagegen die „Regelung" im Baugewerbe. Hier sollen nun die Europa-Maurer den gleichen Lohn in Deutschland erhalten, wie die deutschen Maurer. Damit die Unternehmer, die bisher die fremden Maurer unter Tarif bezahlt haben, sollen die Gewerkschaften neue Tarife aushandeln. Neue Tarife, die einen Ausgleich beinhalten, damit der Unternehmer im Schnitt nicht mehr Lohnkosten zu tragen hat, als vorher mit Billiglohn-Maurern. Im März 1996 bin ich nun 74 Jahre organisiert, aber das es Gewerkschafter geben könnte, die auf solche faulen Kompromisse eingehen, ist mir nicht einmal im Traum eingefallen.

Geld kann doch nicht der Grund sein, um Arbeit zu organisieren. Von Billionen und Aberbillionen werden Quellensteuern kassiert. Wo fließen die Moneten eigentlich hin?

Abegesehen von den Quellensteuereinnahmen, ist es nicht erforderlich, oder nur zum Spekulieren verschieben zu lassen. Was meinst Du, Kumpel? fragt Willy

...nach dem Römer Gipfel

Alles, was am 18.2. als großer Erfolg verkündet wurde, löst sich bereits am 20.2. als Seifenblase auf. In Mostar waren die Grenzen am Mittag schon wieder zu. Und geschossen wurde auch. Na wer schon. Aus Sarajewo zogen die Serben wieder aus und im Camp der Regierung Bosniens wurden weiter Terroristen ausgebildet. Aber die Ifor droht den Serben, wenn sie nicht....

der Obige

Der Rat der Götter

Vom 30. Januar 1933 bis zum 27. Januar 1945. Welcher Tag hat Vorrang? Das war die Grundlage für die Beratung im GV. Der war gut beraten, den Vorschlag anzunehmen, den Film „Der Rat der Götter" anzumieten. Wie im BAF angekündigt, ist der Film am 2. und 3. Februar im Kommunalkino 46 vorgeführt worden. Dieser Unidoc-Film erfaßt die Zeit von 1933 bis 1948 und ist nach den Berichten im Prozeß gegen die IG Farben vor dem amerikanischen Militärgericht 1947 in Nürnberg produziert.

Begrüßung zu „Rat der Götter" am Feitag, 2. Februar 1996

Guten Abend. Mein Name ist Regine Albrecht. Ich begrüße Sie/Euch im Namen der VVN/Bund der Antifaschisten.

Es gibt bestimmte Daten der Geschichte, wo wir der Meinung sind, daß sie nicht in Vergessenheit geraten dürfen. Und dazu gehört der 30. Januar 1933, der Tag, an dem die politische Macht in Deutschland den Faschisten in die Hand gelegt wurde. Wir haben uns deshalb mit dem Kino 46 zusammengetan, um den Film „Der Rat der Götter" zu zeigen, weil dieser Film einen Blick hinter die Kulissen der Politik ermöglicht.

Als wir die Idee dazu hatten, gab es den neuen offiziellen Gedenktag am 27. Januar, den Tag der Befreiung des KZ Auschwitz durch die Rote Armee, noch nicht. Die offiziellen Beiträge zu diesem Tag, die ich hörte und las, drückten die Abscheu über die Greuel der Nazis aus. Aber der Name IG Farben fiel dabei nie, obwohl er ganz eng mit dem Namen Auschwitz verbunden ist: die Häftlinge dort mußten unter anderem für die IG Farben arbeiten, und wer nicht arbeiten konnte oder sollte, wurde mit Zyklon B vergast, ebenfalls ein Produkt der IG Farben. Und so denke ich, daß der Film auch zu diesem Tag eine Lücke schließen kann.

Die IG Farben gibt es heute nicht mehr. Heute gibt es BASF, Hoechst und Bayer. Und es gibt die IG Farbenindustrie AG in Abwicklung, über die die Süddeutsche im August und im September 1990 schrieb: „Nunmehr verpflichtete die deutsch-deutsche Vereinigung die Abwickler, die Rechtsstellung des Unternehmens im Hinblick auf ihr DDR-Vermögen zu klären. Dieses war 1944 mit immerhin 1 Milliarde Reichsmark bilanziert gewesen." „Dazu gehörten so bedeutende Unternehmen wie die Leuna-Werke, Buna-Werke" usw. Seit 1990 ist also die IG Farbenindustrie in Abwicklung unter anderem damit beschäftigt, die Besitzansprüche auf dem Gebiet der ehemaligen DDR geltend zu machen.

In der heutigen TAZ ist eine Besprechung zum Film, und die endet so: „Der Rat der Götter ist ästhetisch belanglos, auch die IG-Farben-Chronik läßt sich kaum in 100 Minuten erzählen. Interessant macht den Film bloß der Abstand von 46 Jahren, der ihn von 1996 trennt. Vielleicht können wir uns ja nach dem Film noch draußen im Café darüber unterhalten, ob er nur einen historischen Wert hat.

Begrüßung zu „Rat der Götter" am Freitag, 3. Februar 1996

Dieser Prozeß trägt auch den Namen „Auschwitz". Weil die Herren der IG-Farben auch während des Krieges mit der US-Chemie verbunden waren, waren die Urteile auch danach. Wie dem auch sei, 1950 saßen die Herren der IG schon wieder fest im Sattel. Ehemalige Häftlinge von Auschwitz strengten einen neuen Prozeß an. Unterstützt vom Strafverteidiger Prof. Kaul und dem Gutachter Jürgen Kuszinski, sowie einer weltweiten Öffentlichkeit, wurde der zweite Auschwitz-Prozeß 1964 in Frankfurt/Main durchgeführt. In diesem Prozeß wurden Dokumente vorgelegt, die beweisen, daß das Lager Auschwitz auf Anordnung der IG Farben gebaut wurde; der Bauleiter, Max Faust, Angestellter der IG war; das Bunawerk mit Häftlingen aus Auschwitz gebaut wurde; das Buna-Werk Monowitz auf „Anordnung" der IG-Herren gebaut wurde, weil der Transport der Häftlinge von und nach dem Buna-Werk zu viel Zeit kostete;das Lager Birkenau aus dem gleichen Grunde angelegt wurde (in Birkenau wurde Kohle zu Benzin verflüssigt).

Und als es in den vom Nazi-Regime besetzten Ländern keine arbeitsfähigen Juden mehr gab, wurde der Leiter des Referats „Juden", Adolf Eichmann, nach Ungarn versetzt. Weil der Hitler-Freund Horthi, kein Rassist war, gab es noch deutsche Jüdinnen und Juden.

Als Adolf Eichmann 1963 in Israel vor Gericht stand, kommt Bremen ins Spiel. Der hier lebende ehemalige Stellvertreter A.E.s, der Getreide- und Futtermittelhändler Kurt A. Becher, wurde als Zeuge geladen. Er fuhr aber nicht. Das Gericht in Tel Aviv bat das Bremer Gericht um Hilfe und übermittelte die Fragen an K. A. Becher. Weil der von der damaligen US Administration empfohlene Getreidehändler auch nicht zum Gericht kam, wurden ihm die Fragen nach Hause geschickt: Hier beantwortete KAB in Ruhe die Fragen.

Fortsetzung Seite 3

Sozialpflicht einhalten!

Verletzer der Sozialpflicht bestrafen

So gehts vielleicht, dachte Bundeskanzleramtsminister Bohl und schiebt die Schuld auf die anderen. Die Bekämpfung der Krise sei allein Angelegenheit der Unternehmer und der Gewerkschafter. Wenn die Unternehmer nichts unternehmen, um Arbeit zu beschaffen, sind die Gewerkschaften nicht verantwortlich. Wer aber von der Verantwortung der Gewerkschaften faselt, will nur Abbau der Löhne und Gehälter sowie der sozialen Errungenschaften. Daß Regierung und Parlament in der Pflicht sind, ist klar. Unter der CDU/CSU/FDP-Koalition sind – trotz steigender Arbeitslosigkeit und Zerschlagung der Wirtschaft in den neuen Ländern – die Einnahmen aus Steuern um 47 Prozent gestiegen. Oder anders gesagt, ist der Anteil am Gesamtsteueraufkommen von 31,9 auf 34,7 Prozent gestiegen. Das seit 1990 oder anders gesagt in 5 Jahren. In der gleichen Zeit ist der Anteil am Aufkommen an Kapital- und Gewerbesteuer von 5 auf 2,5 Prozent gesunken. Dies belegt eine Sudie des DGB. Ein Großteil der Medien fragte am 11. 2. : Sind wir auf dem Weg zum Lohnsteuerstaat?

Hier ist aber doch besser gefragt, was muß getan werden, damit dieser Lohnsteuerstaat und Sozialklaustaat demokratisiert wird?

In Bremen wird uns gegenwärtig vorgeführt, wer hier bestimmt, welche Musik gespielt wird. Seit Monaten kämpft der Vulkan um seinen Kredit. Obwohl nicht nur der Bremer Senat eine Bürgschaft gewährt, verweigert die Commerzbank den Kredit. Auf ihren „Wunsch" wurde die Leitung des Unternehmens und der A.R. ausgetauscht, aber es kommen immer neue Ausreden. Die Demonstranten und auch der Bürgermeister Henning Scherf haben am 10. 2. laut protestiert. Wenn ein Solidarpakt notwendig ist, dann ist es einer für die Anwendung des Artikels 15 des G.G., nach dem enteignet werden kann, wer nicht sozialpflichtig handelt. Denken die Vertreter der Gewerkschaften bei ihren Verhandlungen mit der Regierung an diese Möglichkeit?

Aber auch die Regierung ist sozialpflichtig. Und bei den nächsten Wahlen sind nur solche Abgeordnete zu wählen, die die demokratischen Grundsätze der Verfassung anwenden, statt immer den „Kleinsten" in die leeren Taschen zu greifen. Aber auch wir sollten mehr unsere Rechte in Anspruch nehmen

meint Willy

Laßt uns nachdenken!

Armin Stolle am 4. Februar:

Liebe GenossInnen, liebe KollegInnen, liebe FreundInnen,

wer die Gegenwart bewältigen, die Zukunft mitgestalten und nicht hilflos zusehen möchte, der muß sich erinnern.

Nun neigen wir dazu, uns beim Erinnern in die Einzelheiten zu verlieren. Je weiter ein Ereignis zurückliegt – und dieses ist nunmehr 77 Jahre her –, gibt es nur noch wenige Menschen, die es in ihrer Jugend erlebt haben oder aus den Erzählungen ihrer dabeigewesenen Väter/Mütter kennen.

Was verbindet aber gar eine Generation mit solchen Geschehnissen, die heute erst beginnt, sich am gesellschaftlichen und politischen Leben zu beteiligen, bzw. von der wir uns wünschen,daß sie sich überhaupt engagiert? Meine Antwort: herzlich wenig. Wenn, ja wenn es uns nicht gelingt, aus einer solchen historischen Situation, einer so grundsätzlichen historischen Wende (wie 1918/19) einige grundsätzliche Fragen abzuleiten.

Wie oft haben wir bedauert und den Nachweis dafür erbracht, daß die Verbindung zwischen Politik und Kapital immer wieder zu schrecklichen Folgen geführt hat und auch heute führen wird. Daß die Uneinigkeit der Linken zur Entsolidarisierung – damals der Arbeiterschaft (vorwiegend) und heute einer differenzierteren arbeitenden und intellektuellen Bevölkerungsschicht führt? Wann werden wir endlich begreifen, daß unser großes Arbeitslosenheer wieder einmal – europa- und weltweit – von einer unseligen Umarmung zwischen politischer Herrschaft und Wirtschaft – sprich Kapital – bestimmt wird?

Oder: Haben wir genügend darüber nachgedacht und Konsequenzen aus der Frage gezogen,warum es so selten gelingt, die wirklich Abhängigen und Betroffenen zu solidarisieren, wie es kurzfristig in geringem Umfang Arbeitern und Soldaten am Beispiel der Rätebildung und daß die eigenen Genossen und die Ordnungsmächte (Polizei und Militär) sich wieder so schnell vom Obrigkeitsdenken und den Versprechungen der Bürgerlichen einfangen ließen und damit zu Verrätern an einer grundsätzlichen Änderung der Gesellschaftsordnung werden? Als am Freitag – vorgestern also – der Bremer Solidaritätspreis an den chinesischen Gewerkschafter Han Donfang ging, sagte er in seiner Rede u.a., daß mit dem Eindringen des ausländischen Kapitals in die chinesische Wirtschaft sich die Bedingungen der Arbeiterschaft weiter verschlechterten. Aber die Verbindung der Regierenden mit dem Auslandskapital zeige,wie schwach Herrschaft ist, wenn sie sich auf das Militär und das Kapital stützen muß. Wenn mehr Demokratisierung und mehr Beteiligung des Volkes an den gesellschaftlichen Umgestaltungsprozessen verlangt wird, geht es an die Pfründe ...

Doch wir können das Versagen einer Räterepublik oder von Räten allgemein – siehe heutige Mitbestimmungsformen – nicht nur denen in die Schuhe schieben, die jeweils an der Macht waren und bleiben wollten und sich zur Absicherung des Kapitals bedienen, sondern müssen uns selbst fragen, was und wie wir dazu beitragen, beigetragen haben,daß eine Räterepublik nur einen so kurzen Bestand hatte. Ich habe nie begreifen wollen (als ich noch aktiv in der SPD mitgearbeitet habe), warum es immer wieder eine so kleinliche Rechthaberei um den Anspruch richtiger Interpretation des damaligen Widerstandes und der richtigen oder falschen Politik gehen mußte. Dasselbe haben wir ja erlebt mit den Verfolgten des Naziregimes, getrennte Erinnerungsfeiern ohne Versöhnung. Wenn das Geschichtsbewältigung von unten sein soll, können wir nur zu unseren eigenen Ansprüchen „Gute Nacht" sagen...

Auch Han Donfang berichtete, wie Soldaten (in einer Provinzstadt) gegen streikende Arbeiter vorgingen und geschossen haben. Und wenn wir uns in der Welt umsehen, scheint es überall ein leichtes zu sein, daß die von den Machtinhabern befehligten Militärs das eingeübte Schießen leicht-fertig praktizieren, ohne darüber zu reflektieren, daß sie dabei ihre eigenen gesellschaftlichen Grundlagen zerstören. Sie ermorden indirekt die arbeitende Frau, den arbeitenden Bruder und erhalten die unmöglichen Arbeits- und Lebensbedingungen.

Ich sage daher, auch wir haben es bis heute nicht gelernt, die Frage für uns richtig zu entscheiden. Sind die bürgerlichen Parlamente, die sich mit dem Großkapital verbinden, die das Militär befürworten, die sich letztlich konservativ-liberal für den Sozialabbau stark machen und zu innenpolitischen Veränderungen drängen, die möglicherweise in naher Zukunft wieder einmal zugunsten einer militarisierten Außenpolitik innenpolitische Härte walten lassen werden ... die richtige Lösung?

Ist das Volk heute reif zur Selbstverwaltung? Wenn man die verschiedenen Aufrufe, die es an geografischen unterschiedlichen Orten in der Republik 1918/19 gegeben hat, liest, erscheinen sie heute naiv in dem Glauben, daß „das Volk die Geschichte in die eigenen Hände" nehmen könnte oder hat nehmen wollen. Lernfähiger als das Volk waren die Kapitalisten. Sie haben auch nach dem 2. Weltkrieg schnell ihre Machtbezüge aufgebaut und die arbeitende Bevölkerung in eine ganz andere Art von Abhängigkeit gebracht: in die des individualisierten Konsums, des Wohlstands und Reichtums im Norden dieser Erde. Dazu gehören wir Europäer. Wenn wir jetzt mit einem der geringsten Teile dieser Ausbeutungsstrukturen hierzulande konfrontiert werden, dem „Asyl", schlagen unsere Regierungen Alarm, schlagen sie gnadenlos mit Abschiebung zu. Deshalb beginnt für mich schon hier eine neue Form in innenpolitischer Härte, die schnell auf andere Ausgegrenzte millionenfach übergreifen kann. Die elektronische Abschottung Europas hat längst begonnen!

Natürlich kann man die Forderungen und Programme der Arbeiter- und Soldatenräte von Stuttgart über Köln, nach Cuxhaven und Delmenhorst nicht als übertragbare Forderungen verstehen. Doch geht aus der Umbruchserwartung und dem Nachklang zum ersten Weltkrieg eine ungeheure Hoffnung und die Kraft aus, die Sache selbst in die Hand zu nehmen. Wenn in Rosa Luxemburgs Artikel „Der Anfang" vom November 1918 Ziel und Methoden der Revolution bechrieben werden, dann sind eben die Grundübel nicht beseitigt: (ich benutze ihre Begriffe) die bürgerlichen Regierungen, die imperialistische Bourgeoisie, die die kapitalistische Klassenherrschaft ... und der Weg und die Methode, die ganze Macht in die Hände der Arbeiter der arbeitenden Masse zu legen, sind nicht erfolgt. Da stehen wir heute unter veränderten Bedingungen – bezogen auf dieses Ereignis, erneut oder immer noch.

Nach dem Niedergang des real-existierenden Sozialismus ist ja nicht der Sozialismus begraben worden, sondern die Staatsformen, bestimmte Teil von Herrschaft, die verhindert haben, daß er sich in seiner Zielform verwirklichen konnte.

Fortsetzung Seite 4

Fortsetzung von Seite 2

Kurt A. Becher hatte eine eigene Methode der Endlösung entwickelt: Er hat z.B. den großen Stahlkonzern der Familie Weiß für 200.000 Schweizer Franken „gekauft", dafür konnten 42 Mitglieder der Familie nach Portugal ausfliegen, aber eine Familie behielt er als Geisel zurück. So hat er Menschen „gerettet". Diese Tatsachen wurden von VVN KameradInnen und Kameraden jeweils vor dem Film vermittelt.

Diese Tatsachen dürfen nicht vergessen werden. Darum, wenn der Befreiung der größten Verbrennungsanlage für Menschen, Auschwitz, durch die Rote Armee gedacht wird, ist auch immer Monowitz, Birkenau und die IG Farben einzubeziehen.

Willy

Kurzprotokoll der 3.Nordkonferenz in Seppensen:

Mecklenburg-Vorpommern (IVVdN) hat ca. 200 Mitglieder, davon 75/80 aktive. Die Zusammenarbeit mit dem BDA klappt besser. Der BdA hat Anstrengungen gemacht, junge Antifaschisten miteinzubeziehen. Eines der Probleme zeigt sich beim Zeitschriftenversand, wo doch 50/60 KameradInnen relativ zerstreut leben. Hoffnung auf Verständnis klang im Gespräch mit dem SPD-Sozialminister an, Das Gespräch mit dem Ministerpräsidenten und seiner Staatssekretärin blieb wesentlich ohne Ergebnis. Die 12-13 Jahre Geschichte Mecklenburg in brauner Zeit sollte einbezogen werden, was nicht passierte. Am 5. Mai hat der Justizminister gesprochen. Dazu gab es Rezitationen und Kranzniederlegung. 2 Frauen, die jüdische Damen versorgten, während der braunen Zeit, wurden in einem Rundgespräch gewürdigt.

Im Landesvorstand gibt es 8 KameradInnen,4 davon im Geschäftsführenden Vorstand. In Rostock gibt es Kontakte zur Adenauer-, Ebert- und Naumann-Stiftung, In Schwerin gibt es eine jüngere BdA-Gruppe, in Neubrandenburg vor allem PDS-Leute, in Neustrehlitz keine eigene Basisgruppe. In Bützow wird der Jahresarbeitsplan am 24. Januar fertiggestellt. Da ist aber auch eine öffentliche Veranstaltung zu Bernhard Quandt.

Die Vereinigung mit dem BdA (zunächst korporativ) wird wohl doch eher sehr allmählich angegangen.

In Hamburg gibt es ca. 600 Mitglieder beim VVN-BdA, der Landesvorstand hat 30, 5 sind im Geschäftsführenden Vorstand. Bald wird es keinen Hauptamtlichen mehr geben. Nach letztem Stand gibt es im Augenblick keine Neofaschismus- und keine Geschichtskommission, dafür funktioniert die Sozialkommission. Es gibt keine langfristigen Arbeitspläne (1-2 Jahre), die Beziehungen zu Neuengamme haben sich verstärkt, gerade Schule, Stadtrundfahrten. Es gibt drei Problempunkte: zum einen sind von NRW ausgehend Fragen einer Mahnwache in Buchenwald zusammen mit Leuten der Rotkäppchen diskutiert worden. Die Thüringer Landesleitung hat das auch so besprochen, dann gab es eine Kehrtwendung. Trotzdem ist diese Mahnwache wie geplant im November 95 durchgeführt worden.

Zweiter Punkt ist das BGH-Gerichtsurteil, diejenigen nun doch zu verurteilen, die wie im Fall von Etkar Andre bislang ohne Urteil ausgingen. Dritter Punkt ist die Frage gezielter neofaschistischer Tische.

Frage von Erich: was tun, um in Bützow solche Themen mitzubesprechen?

Frage von Ruth: Jetzt, wo solche Strukturen in Polen aufgebaut werden, was können wir konkret tun?

Willy VVN-BdA, Bremen hat ca. 100 Mitglieder mit einer Menge Aktivitäten. Hamburg will ein Justizopfer-Denkmal, wir haben in Bremen, wo 54 Menschen zu Tode verurteilt wurden, eine Gedenktafel, auf der mit Namen Valerian Wrobel steht, ein minderjähriger Pole. Außerdem gibt es in Bremen weitere Denkmale, Wandbilder und Gedenktafeln. Frage, was sich demnächst in Gröpelingen am Bunker abspielt. Frage was sich demnächst mit den Kasernen-Namen abspielen wird.Es kommt jetzt drauf an, Pfähle einzuschlagen bei Soldaten.

Dieter: Widerstandskämpfer aus Dänemark sind gekommen. Die Erklärung der Saßnitzer VdN, nach der das Ehrenmal in Denkmal für Krieg und Gewaltherrschaft umbenannt werden soll, wurde abgelehnt. Strafanzeige in Rostock wegen Nazi-Schmierereien.

Rolf: LV Thüringen erst Zusage gemacht, dann aber abgesagt. Ohne Rotkäppchen Bitterfeld wäre es nicht gelaufen. Wie w[...] es mit gehaltvollen Seminaren für bestimmte Regionen (z. B. Neofaschismus wo auch Fragen der Autononomen mit reinkommen können)? Was ist mit bestimmten neofaschistischen Verbänden?

Wie bewertet man hier den Bubis-Vorschlag 27. Januar 96 als Gedenktag? Das lenkt ab von anderen Fragen, in Bremen wurde der 2. Sonntag im September beschlossen. In Hamburg wird ein Go-In bei Gerichtsbehörden geplant. Für nächstes Jahr dagegen Dinge wie 20.Juni 41 – Nürnberger Tribunal. Wichtig wäre eine Aufstellung linker Kräfte.

Idee von Ruth und Dieter: Man könnte in Rostock oder Warnemünde ein kleines Seminar veranstalten.

Idee von Rolf: Man könnte sich mit Niedersachsen kurzschließen wegen eines Se[...]nars, insbesondere für jugendpolitische Fragen.

Fortsetzung von Seite 3

Auch die Bergpredigt wird ja nicht abgeschafft,nur weil sie seit zweitausend Jahren nicht umgesetzt werden konnte. Also gilt es erneut eine 'Utopie auszusprechen: wir brauchen einen humanen Sozialismus, wenn wir die weiterhin bestehenden Ausbeutungsstrukturen beseitigen wollen – und das bezogen auf weltweite Zusammenhänge oder Bezüge.

Wir müssen jedoch vor allem Menschen dafür gewinnen, daß sie im Interesse einer lebenswerten Zukunft für die nachfolgenden Generationen dazu beitragen, daß sie Abstand gewinnen vom bestehenden System, Zukunft wieder neu denken lernen, Formen der Zusammenarbeit finden, in denen Solidarität vor Machtanspruch und Gemeinsinn vor Eigenbedarf stehen.

Lebensformen, die dazu betragen, daß man teilhat, sich aber nicht bereichert. Dann wird es wieder zu anderen – nicht egoistischen – gesellschaftlichen und politisch aktiven Beteiligungsformen kommen. Der Rückzug ins Private ist nicht erlaubt!

Laßt uns nachdenken über den Begriff „Räte", über die ursprüngliche Bedeutung in einer bestimmten historischen Situation und über neue Möglichkeiten heute, in einer anders gearteten Welt mit noch immer gleichen Grundübeln.

Dann führte der „Rote Pfeffer einen eindrucksvollen Sprechchor zum Problem der Arbeiter vor. Dem Lied der Matrosen von Petrograd und Kiel folgte mit einem gemeinsamen „Brüder zur Sonne, zur Freiheit" das Abschiedslied gesungen.

Im Kulturzentrum trug Prof. Jörg Wollenberg umfangreiches historisches Material vor. Nach einer Aussprache wurde es für die meisten Zeit zum Mittagessen.

D.O.

Für den Friedensprozeß: Neuwahlen in Israel

Nach der hohen Wahlbeteiligung, wie auch der hohen Anzahl von Stimmen für Arafat, werden nun in Israel vorgezogene Wahlen stattfinden.

Israels Ministerpräsident Peres möchte nun auch die Politik des Befriedens der Region bestätigt wissen. Der Wunsch ist verständlich, gibt es doch reichlich Kräfte in Israel, die für die Politik der Verständigung mit den Palästinensern nicht einverstanden sind. Dafür sind natürlich auch in hohem Maße die bisherigen Maßnahmen der vormals Regierenden verantwortlich. Die bisherige Unterdrückung jeder Regung für ein selbständiges Palästina, die Ansiedlungen auf den eroberten Gebieten, die von den Oberen verkündete Unversöhnlichkeit, sitzt noch in vielen Köpfen. Diesen Köpfen ist jetzt klar zu machen, daß die Verhältnisse nicht mehr so sind, wie sie gewünscht waren. Es ist den „Unversöhnlichen" darzulegen, daß auch Palästinenser einen eigenen Staat haben und für dieses Recht nicht verfolgt und bestraft werden dürfen. Klar ist, daß das vom Staate Israel bisher begangene Unrecht wieder gut gemacht werden muß. Mit der Konsolidierung der Verhältnisse wird auch das geregelt werden. Es wird aber nicht ohne Überwindung aller Schwierigkeiten möglich sein. Jetzt heißt es, den Friedensprozeß voranzutreiben, und dies will die Mehrheit der Palästinenser. Dafür ist in Israel zu werben.

Meint Willy

Marsch ins blühende Land der Massenarbeitslosigkeit

Bei den Neujahrsansprachen war die Arbeitslosigkeit das zentrale Thema. Im „Breiak-Gespräch" von Kapital, Kabinett und Gewerkschaft – "Bündnis für Arbeit" – wurde die Halbierung der Zahl der Arbeitslosen behandelt. Kaum war das Gespräch beendet, traf aus Nürnberg die Meldung ein: Arbeitslosigkeit auf über 4 Millionen gestiegen." In Bremen stieg die Quote auf 15,2 Prozent, keine Besserung in Sicht.

Mit „Augen zu und durch" marschieren Kohl und Kinkel, Waigel und Blüm auf der „Welle" immer alten „Leier-Melodie", die schon über 100 Jahre alt ist: „Die Löhne sind schuld", von Bonn direkt nach „Weimar", über „Schuldenberge" hinweg und „Talsohlen" hindurch. Aber die Arbeitslosigkeit, die Kanzler Kohl schon 1982 „stoppen und abbauen" wollte, hat inzwischen den „Weimarer"-Stand erreicht. In CDU-Materialien war 1983 [illegible]lesen: „Arbeitslosigkeit ist die größte sozi[illegible] Ungerechtigkeit".

Das ist richtig! Während die CDU 1987 die SPD als „Partei der Arbeitslosigkeit" bezeichnete, behauptete sie: „Wir sind auf dem richtigen Weg". Sie wollte sogar dafür sorgen, „irgendwann ... dem Bürger mal die Wahrheit (zu) sagen." Richtig! Und wann soll das „Irgendwann" sein? Bei der „Wende" von 1989/90 versprach Kanzler Kohl: „Ein blühendes Land" und fügte an anderer Stelle hinzu: „Niemandem wird es schlechter gehen". Und wo ist dieses „blühende Land", in dem es „keinem schlechter gehen" soll? Sind Arbeitslose, Obdachlose, u.a. Verarmte die Blüten?

Nicht nur die Arbeitslosen und Obdachlosen, auch die noch in Arbeit stehenden, suchen eifrig nach dem Jesus, von dem Norbert Blüm behauptete: „Marx ist tot – Jesus [illegible]". Darf man fragen, wie ernst die Bonner CDU ihre eigenen Worte und ihren Parteinamen – CDU – noch nimmt? Marx war es, der schon vor weit über 100 Jahren die Menschheit vor der Profitmacherei, der Preistreiberei und der Korruption der kapitalistischen „Blüten-Wirtschaft" warnte. Er ist gegenwärtig sehr jung, aktiv und gefordert. Kohl und Blüm wollen das nicht sehen.

Hiobsbotschaften über steigende Preise, Gebühren und kommunale Abgaben, bei ständig unsicherer werdenden Löhnen und Renten werden von der Presse immer häufiger gemeldet. In den „Bremer Nachrichten" vom 9.2.94 war bereits nachzulesen: „... wie anhaltende Massenarbeitslosigkeit Menschen politisch radikalisieren" kann. Richtig wird auch festgestellt! Es gab einmal eine Zeit, in der alle Arbeit hatten." Und wann war das?

Das war a) nach Kriegsende, als es darum ging, die durch den Hitlerkrieg entstandenen Kriegsschäden wieder zu beseitigen und die Bedürfnisse der Menschen zu erfüllen, und b) als Hitler mit „RAD" (Reichsarbeitsdienst), Wehrpflicht, Kasernenbau und anderen Maßnahmen der Kriegsvorbereitung die 6 Millionen Arbeitslosen von „Weimar" kriegsbereit in Kasernen und Rüstungsindustrie beschäftigte, um sie im Krieg bis 1945 in Kriegstote umzuwandeln. Daraus sollten verantwortliche Politiker die richtigen Lehren ziehen.

Ein Zurück zu 1933 bis 1945 darf es nie mehr geben. Wie reagiert die CDU/CSU/FDP-Regierung? 1983 war in der CDU-Zeitung „Aktiv" zu lesen: arbeitslose Wehrpflichtige sollten sich zum nächsten Termin einberufen lassen. Und der Presseoffizier der Bundeswehr in Bremen – Günter Menzel- schreibt im Leserbrief des Weserkurier vom 15. November 1995: „... Die Bundeswehr, ihre Soldaten sind doch wohl Bürger in Arbeit". Im Nordbremer BLV vom 31. Januar 96 heißt es z.B. „Auch 1996 ergibt sich für über 30.000 junge Männer und Frauen im Alter von 17 bis 24 Jahre die Möglichkeit eine(s), wenn zeitlich befristeten Arbeitsplatz(es)" bei der Bundeswehr.

So einfach ist das schon wieder. Der Drang der Bundeswehrführung ist schon wieder in die „weite Welt" gerichtet. Im Bremer Anzeiger -Februar 96 – schreibt Peter Meiners u.a. „wenn der Rentenschwindel auffliegt, und das wird sehr bald sein, dann ist es mit ... der CDU als Regierungspartei vorbei". Das dürfte für das Arbeitslosenproblem genauso stimmen,

meint Alois

Heiner Geißler in III nach 9

Eigentlich war es eine gute Runde. Aber Heiner Geißler, der sich oft als Querdenker betätigt, war es diesmal absolut nicht. Er stand voll auf dem vorgeschriebenen Kurs. 4,2 Mill. Arbeitslose – ohne die Dunkelziffer -, da wußte er nur allgemeine Floskeln. „Wir" haben 3 Mill. Arbeitsplätze geschaffen, die Einheit bezahlt. „Wir" haben, haben, haben und „wir" müssen sparen, sparen, sparen. Er hatte nicht einen Quergedanken auf Lager, was ihm die Runde gnädigst verzieh..

Ein Ab und Zuhörer





Wer an einer Welt des Friedens und der Freiheit mitbauen will, wer sich aktiv gegen Neofaschismus, Rassismus und Krieg einsetzt, sollte Mitglied in der VVN-Bund der Antifaschisten werden.

☐ Ich möchte mehr über die VVN-Bund der Antifaschisten wissen.

☐ Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.

☐ Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.

Mich interessieren vor allem folgende Schwerpunkte:

☐ Einwanderer und Flüchtlinge

☐ Neofaschismus

☐ Frieden

☐ Geschichtsforschung

☐ Erinnerungsarbeit

Name, Vorname ____________

Straße ____________

PLZ, Ort ____________

Telefon ____________

Geburtsdatum, Ort ____________

Beruf ____________

Bremen, den ____________

Unterschrift ____________

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V., Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen

Unser Rechts-Staat

Im Weser-Kurier vom 13.2.96 wird berichtet, daß bislang 6.494 NS-Täter verurteilt sind. Es sei zweifelhaft, ob angesichts des hohen Alters der Beschuldigten weitere Verhandlungen folgen werden!

Oberstaatsanwalt Streim als Leiter der Zentrale zur Verfolgung von Nazi-Verbrechen in Ludwigsburg macht eine einfache Rechnung auf: 1942 und 43 hätten die Verbrechen ihren Höhepunkt erreicht, da seien die Täter ca. 35 Jahre gewesen, jetzt müßten sich aufgrund des Alters mehr die Ärzte als die Richter um sie kümmern. Der Antifaschist Erich Mielke, man kann zu seiner jüngsten Vergangenheit stehen wie man will, ist kurz nach der Wende in einem Indizienprozeß wegen angeblichen „Polizisten-Mordes" im Jahre 1935 verurteilt worden und hat in Bundesdeutschen Gefängnissen gesessen. Dieser Mann ist über 86 Jahre alt und gesundheitlich angeschlagen, aber er war kein Nazi, daher mußte der demokratische „Rechts"-Staat ihn eben verurteilen. Hier war Eile geboten, über Nazi-Verbrechen soll aber wohl das Gras wachsen. Die Augenbinde von Justitia verrutscht doch immer wieder!

Fribe

Zufällig entdeckt

(auf einen Leserbrief von Bernd Schneider im WK 9. 2. 96)

Zwangsarbeiter haben während ihrer Gefangenschaft im Deutschland der Naziherrschaft in ihrer Unterkunft im Schuppen Nummer 27 im Bremer Holz- und Fabrikhafen auf einem Wandbild ihren Alltag festgehalten. Fünfzig Jahre nach ihrer Befreiung droht dieses außerordentliche Dokument ihres Leidens von der „Bildfläche zu verschwinden". Hätte nicht der ehemalige sowjetische Zwangsarbeiter Wladimir Trebuschnoj 1989 auf die Existenz dieses Wandbilds hingewiesen, hätte dieses Verschwinden sogar sang- und klanglos passieren können.

Laut Aussage des Leiters des Landesamtes für Denkmalpflege, Herrn Dr. Hans-Christoph Hoffmann, würde die Erhaltung des Zeitdokuments weniger als 10.000.- DM kosten.

Bremen, das durch seine künstlerisch gestalteten Wandbilder überregional gelobt wird, sollte sich den Erhalt dieses Zeitdokumentes etwas wert sein lassen. Dies ist keine Frage von Enteignung oder Beschlagnahme oder leerer Kassen. Dies ist eine moralische Frage und eine Frage der politischen Kultur in diesem unseren Lande.

Seit vielen Jahren pflegen wir freundschaftliche Kontakte mit ehemaligen politischen Gefangenen der Naziherrschaft. Wir werden ihnen diesen „Fall" erklären müssen.

Gerd Meyer, Leiter Bürgerhaus Vegesack

Zum Brand in Lübeck

In der Februar Nummer veröffentlichten wir eine kurze Statistik zum Brand in Lübeck. Danach erfolgte eine Nachrichtensperre. Desto besser kochte es in der Gerüchteküche. Wichtig ist,es wird weiter behauptet, der inhaftierte Libanese sei der Brandstifter. Die Brandexperten hätten herausgefunden, hieß es, der Brand sei in einem leeren Zimmer ausgebrochen. Wodurch der „Ausbruch" erfolgte, war nicht zu erfahren. Es gab keinen Kurzschluß, keinen Bezingeruch, noch ... sonst einen Hinweis. Aber der junge Libanese sitzt immer noch. Auch der Widerspruch, der darin besteht, daß die kontrollierten jungen Männer, gleichzeitig am Brandort und an einer Tankstelle waren. ... Scheinbar fällt nur uns dies auf.

Otto M.

Die Opfer des Kalten Krieges melden sich

Die Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges teilt uns mit:

Der Petitionsausschuß des Bundestages habe den Gesetzentwurf für die Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges zur Beratung freigegeben. Die PDS werde nun beantragen, den Entwurf nach dem 11. Mai im Bundestag zu beraten.

Unter dem Titel:

"Gegen politisches Unrecht gestern und heute – für die Rehabilitierung der polit Verfolgten in der BRD in der Zeit des kalten Krieges" ruft die Initiativgruppe zu einer Kundgebung am 11. Mai 96 in Düsseldorf alle Betroffenen auf. Anlaß sind: 45 Jahre Blitzgesetz und FDJ-Verbot. Der 40. Jahrestag des KPD-Verbotes ist auch nicht mehr fern. Jupp Angenfort ist angekündigt.

Die Redaktion

Geburtstage im März 1996

Hartmut Drewes	11.3., 57 J.
Adolf Pusch	21.3., 84 J.
Tilla Hundertmark	22.3., 81 J.
Heinz Federmann	26.3., 64 J.
Georg Minder	29.3., 70 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden

Der Landesvorstand

Das Wichtigste

Der Bremer Antifaschist,
Organ der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Wir sind regelmäßig erreichbar:
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26
28217 BREMEN
Tel.: 0421/382914 · Fax: 0421/382918

Montag	16.00 – 19.00 Uhr
Donnerstag	15.00 – 18.00 Uhr

Dringend benötigt:
Spenden für unsere Arbeit

Die Sparkasse in Bremen
(BLZ 290 501 01), Kto.-Nr. 103 1913

Anmeldungen für alternative Stadtrundgänge auch direkt unter (04 21) 61 12 62

Mitgliederöffentlich tagt
montags von 18.00 – 19.00 Uhr
der Geschäftsführende Vorstand,

jeden 4. Montag im Monat
von 18.00 – 20.30 Uhr
der Landesvorstand

regelmäßig Mahnwache
vor der Bremer Bürgerschaft

Redaktionsschluß: am 10. des Monats

V.i.S.d.P.:
Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Dank und Bitte!

Unser Beitrags- und Spendenaufkommen hat sich zu Beginn des neuen Jahres recht positiv entwickelt. Hierdurch werden wir in die Lage versetzt, unsere organisatorische und politische Arbeit aktiv fortzusetzen. Wir danken allen Mitgliedern und Freunden dafür. Allerdingsa haben wir auch noch einige Außenstände, wir bitten daher um baldmöglichsten Ausgleich.

Euer Landeskassierer Friedel Becker